

Globalisierung und Welthandel

# „Die Wirtschaft muss dezentralisiert werden!“

**Wirtschaftswachstum und freier Welthandel gehören zum Credo heutiger Ökonomen und Politiker. Allgemeine Wohlstandsmehrung gilt als überlegenes Argument, aus dem eine moralische Verpflichtung abgeleitet wird. Die negativen Folgen werden verdrängt. ÖP-Redakteur Günther Hartmann sprach darüber mit dem Wirtschaftsexperten Gerd Zeitler.**

**ÖP: Brauchen wir mehr Wirtschaftswachstum?**

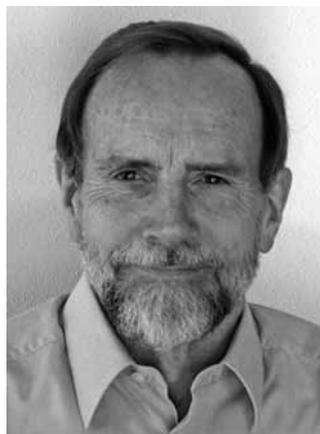
Gerd Zeitler: Nein, dafür gibt es keine Notwendigkeit. Das Wachstum des Sozialprodukts in inflationsbereinigten Preisen, so die Definition, verliert seine existentielle Bedeutung, sobald die Grundbedürfnisse in einer Gesellschaft befriedigt sind. Die Menschheit hat in ihrer Geschichte über lange Zeiträume in einem statischen Gleichgewicht mit stagnierendem Sozialprodukt gelebt. Andererseits ist gegen Wirtschaftswachstum unter bestimmten Bedingungen nichts einzuwenden. Es ist dann erforderlich bzw. wird dann erzeugt, wenn eine höhere Stufe der Zivilisation oder einfach des Komforts mittels neuartiger Produkte angestrebt wird. Beispielsweise, wenn die Pferdekutsche durch das Auto abgelöst wird.

**ÖP: Könnten Sie das bitte näher erläutern?**

Zeitler: Gerne. Am Beispiel Auto lassen sich gleich sehr gut die ökonomischen Wirkungen technischer Innovationen zeigen: Einerseits erzeugt das Auto quantitatives Wachstum, weil sein höherer Herstellungsaufwand direkt in seinen Preis und damit ins Sozialprodukt eingeht, andererseits qualitatives Wachstum, weil sein Mobilitätsnutzen – durch den Markt quantifiziert – ebenfalls in Preis und Sozialprodukt eingeht. Zugleich wird es aber das Sozialprodukt qualitativ mindern, weil bei seiner Herstellung und Nutzung mehr Naturressourcen verbraucht werden und mehr Abfall und Emissionen anfallen als bei der Pferdekutsche. Seine qualitative Bilanz ist negativ, wenn der Wert seines Naturverbrauchs den seines Mobilitätsnutzens übersteigt. Im heutigen Wirtschaftssystem wird leider versäumt, derartige

Minderungen als quantifizierte Negativposten ins Sozialprodukt einzubringen, um ihnen dann gezielt zu begegnen.

**ÖP: Was ist also ein sinnvolles Wirtschaftswachstum?**



**Gerd Zeitler**

*Jahrgang 1940, hat nach dem Ingenieurstudium in Dortmund seit den siebziger Jahren internationale Unternehmensallianzen mitgestaltet und war im fachlichen Austausch zwischen Industrie und Wirtschaftswissenschaft sowie in ökonomischen Lehrveranstaltungen der ETH Zürich engagiert. Seit den neunziger Jahren widmet er sich der kritischen Analyse der neoliberalen Ökonomik. Im Unterschied zu vielen anderen Systemkritikern, die meist auf einer unverbindlichen Stufe stehen bleiben, hat er konkrete Regeln für eine zukunftsfähige regionale und globale Wirtschaftsordnung entwickelt und 2006 in seinem Buch »Der Freihandelskrieg« veröffentlicht. Neben seiner Vortragstätigkeit arbeitet er derzeit an einem Lexikon der sozialökologischen Marktwirtschaft, dessen Entstehung unter knol.google.com verfolgt werden kann.*

**Kontakt:**  
gerd.zeitler@t-online.de

Zeitler: Das beste Wirtschaftswachstum ist offenkundig jenes, das uns höhere Produktivitäten, nützlichere Produkte und sinkende ökologische und soziale Kosten beschert. Oder besser noch: steigende ökologische und soziale Erträge.

**ÖP: Die Wirklichkeit sieht ja aber meist etwas anders aus.**

Zeitler: Ja, das neoliberale Wirtschaftssystem leidet diesbezüglich an einem Geburtsfehler: Der Expansionsdrang der Industrie hat seit Ende des Nachkriegswachstums zu »liberalisierten« Märkten und zur Dominanz einer grenzenlosen Exportproduktion zulasten binnenwirtschaftlicher Kreisläufe geführt. Je mehr Exportmärkte nun ihre Sättigungsgrenze erreichen, desto mehr verschärft sich der globale Wettbewerb und setzt die Akteure unter steigenden Kostendruck. Um dem standzuhalten und ihre Expansionsziele abzusichern, aber auch um eine Überwindung der sozialen und ökologischen Folgen zu suggerieren, verlangen sie regelmäßig nach sogenannten Wachstumsimpulsen, vor allem nach Steuer- und Lohnsenkungen. Die daraus folgenden politischen Maßnahmen verursachen Unterbeschäftigung, Armut und Umweltschäden. So hat das System mit seinem undifferenzierten Wachstum bereits in den siebziger Jahren die Grenze der Regenerativität unserer natürlichen Ressourcen überschritten. Seither beschleunigen sich die Substanzverluste am Naturkapital.

**ÖP: Und unsere sozialen Ressourcen?**

Zeitler: Die sind genauso stark betroffen, allerdings mit dem Unterschied, dass die Folgekosten der armutsbedingten Ausgrenzung noch bereitwilliger unter den Teppich gekehrt wer-

den als die ökologischen Kosten. Deshalb tun sich die Akteure so leicht, ihr Expansionsstreben zur nationalen Schicksalsfrage zu stilisieren und das prophezeite gesamtwirtschaftliche Wachstum als soziales Allheilmittel zu verkaufen.

**ÖP: Das ist ja heute weit verbreitete Grundüberzeugung.**

Zeitler: Ja, die eben beschriebene Irreführung ist dafür verantwortlich, dass sich die Auffassung verbreitet hat, vor allem quantitatives Wachstum sei eine Voraussetzung, um soziale und ökologische Verheerungen zu vermeiden und Wohlstand und Wohlfahrt herbeizuführen. Im Aufschwung, wenn bei höheren Wachstumsraten vorübergehend neue Arbeitsplätze entstehen, scheint sich die Auffassung vollends zu bestätigen. Eine genaue Bilanzierung unter Einbeziehung der Negativposten ins Sozialprodukt würde jedoch zeigen, dass

---

**Liberalisierte  
Märkte haben  
zur Dominanz  
grenzenloser  
Exportproduktion  
geführt.**

---

sich der soziale und ökologische Niedergang auch dann fortsetzt.

**ÖP: Arbeitgeber fordern immer wieder längere Wochen- und auch Lebensarbeitszeiten.**

Zeitler: Auch diese Forderung geht auf den unsinnigen Kostendruck zurück, dem sich unsere Industrie im globalen Wettbewerb aussetzt. Die Mehrarbeit, die gefordert wird, ist dabei nichts anderes als ein indirekter Versuch, Neueinstellungen zu vermeiden und die Arbeitskosten zu senken – beides mit dem Ziel, die Exportproduktion wettbewerbsfähiger und noch dominanter zu machen. Die ökonomische Widersinnigkeit des Systems offenbart sich hier besonders deutlich: Es werden steigende Produktivitäten ausgewiesen, aber nicht wirklich erzielt, weil die extrem hohen sozialen und ökologischen Folgekosten ausgeklammert bleiben – und gleichzeitig werden längere Arbeitszeiten gefordert. Die Mehrarbeit mindert zwar jeweils den

systembedingten Kostendruck, wirkt aber verheerend, weil sie die gesellschaftliche Ungleichverteilung verschlimmert und die versteckten Folgekosten weiter in die Höhe treibt. Die steigende neoliberale Produktivität ist also in Wirklichkeit eine auf Kosten von Gesellschaft und Umwelt erzielte Scheinproduktivität. Dagegen könnten die Arbeitszeiten in einer sozialökologisch geregelten Marktwirtschaft bei steigender Produktivität gesenkt werden.

**ÖP: Länger gearbeitet werden muss dann also vor allem in exportorientierten Branchen?**

Zeitler: Im ersten Schritt: ja. Die rein binnenwirtschaftlich orientierten Branchen müssen jedoch zeitversetzt nachziehen, weil der globale Kostendruck über die Billigimporte früher oder später die ganze Wirtschaft erfasst. Die Statistik zeigt, dass der Trend zu kürzeren Wochenarbeitszeiten in global exponierten Branchen bereits im Jahre 2005 gebrochen wurde. Voriges Jahr wurde zum Beispiel die Wochenarbeitszeit einiger Service-Abteilungen der Deutschen Telekom mittels Ausgliederung von 34 auf 38 Stunden verlängert. Durch solche Maßnahmen werden vorübergehend Arbeitsplätze gesichert, die ansonsten im globalen Wettbewerb sofort verdrängt würden. Da kostenbedingt die Arbeitsverdichtung ebenfalls erhöht wird,

zahlen die betroffenen Personen einen hohen Preis für ihre unbestimmte Weiterbeschäftigung. Auf der anderen Seite nimmt die Unterbeschäftigung zu, nicht nur wegen der partiellen Arbeitsverdichtung, sondern auch durch die vom Kostendruck diktierte territoriale Spezialisierung, die mit einer flächendeckenden De-Industrialisierung und einem

**Unter neoliberalen Verhältnissen wird sich ein befriedigendes Rentensystem nicht verwirklichen lassen.**

schrumpfenden Spektrum an nachgefragten beruflichen Qualifikationen einhergeht. Das Arbeitsvolumen wird also immer ungleichmäßiger und ungerechter unter der Erwerbsbevölkerung verteilt.

**ÖP: Gibt es ein sinnvolles Maß für die Festlegung der Arbeitszeiten?**

Zeitler: Die Frage, wie viel wir arbeiten sollten, muss sich an unserem Anspruch an den produktionstechnischen Fortschritt, insbesondere an dessen sozialer und ökologischer Qualität orientieren. Die Arbeitszeiten ergeben

sich dann automatisch aus dem jeweiligen Produktivitätsniveau. Die dazu notwendige Freiheit, über unsere Wirtschaftsordnung unabhängig zu entscheiden, können wir nur gewinnen, indem wir uns dem globalen Verdrängungswettbewerb verweigern und unsere Binnenstrukturen und Außenbeziehungen autonom und souverän gestalten. Das ist die unbedingte Voraussetzung, um die Arbeitsnachfrage und das Arbeitsangebot zur Deckung zu bringen – also Vollbeschäftigung herzustellen – und um die Arbeitszeiten bei steigender Produktivität sinnvoll verkürzen zu können.

**ÖP: Ist denn unser Rentensystem unter dem Kostendruck überhaupt noch finanzierbar? Der demografische Wandel wird ja als Argument für Rentenkürzungen und die Notwendigkeit höherer Wachstumsraten gebraucht.**

Zeitler: Unter neoliberalen Verhältnissen wird sich ein befriedigendes Rentensystem niemals verwirklichen lassen. Dazu trägt auch die Indoktrination bei, mit der das gesetzliche Umlageverfahren wegen zu geringen Wirtschaftswachstums und globalen Kostendrucks als gefährdet hingestellt und das politische Klima geschaffen wird, die arbeitgeberseitigen Beiträge abzubauen und die Arbeitnehmerbeiträge

LITERATUR

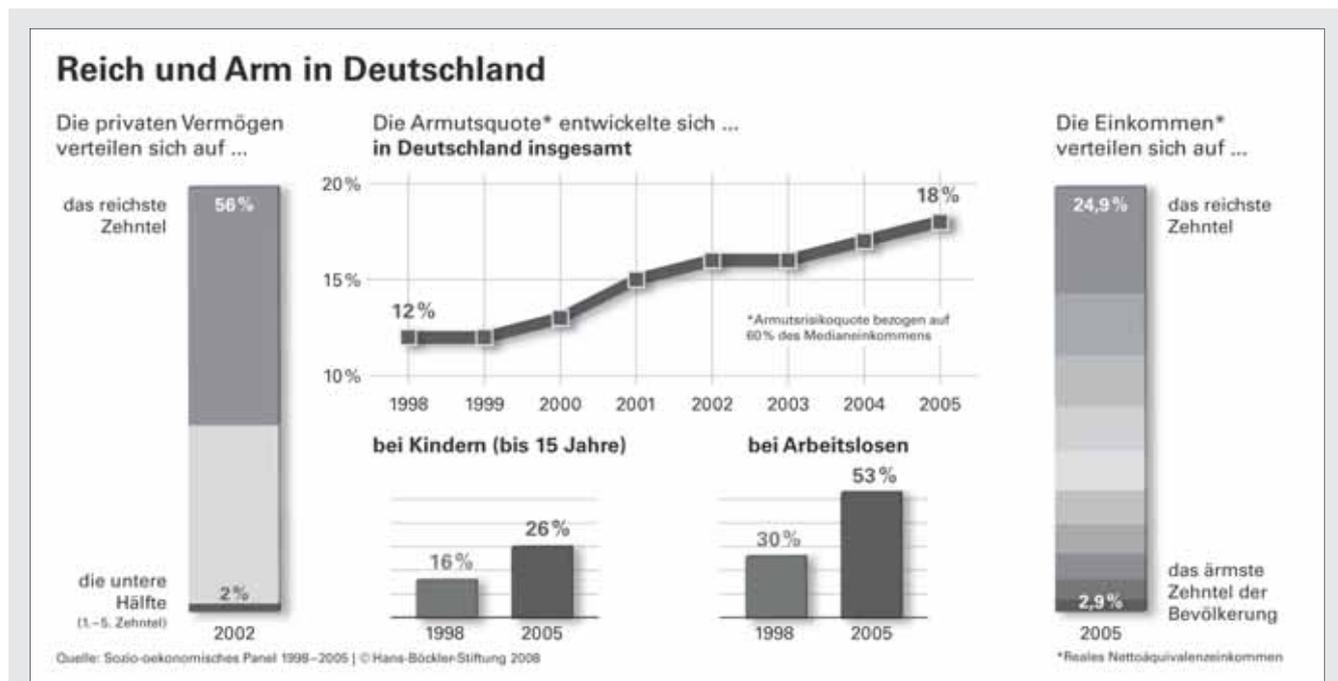
Gerd Zeitler  
**Der Freihandelskrieg**  
Von der neoliberalen zur zivilisierten Globalisierung, Monsenstein und Vannerdat, 2006, 392 Seiten, 19,50 Euro, 978-3-86582-376-2



als billiges Geld in die private Versicherungswirtschaft und die Finanzmärkte zu leiten – siehe Riester-Rente. Alles deutet darauf hin, dass sich das politische Hickhack um die Rente und die Zunahme der Altersarmut fortsetzen werden. Deshalb gilt auch und besonders für die sichere

**Wir brauchen eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung, die Vollbeschäftigung möglich macht.**

Grundversorgung im Alter: Wir brauchen eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung, die Vollbeschäftigung möglich macht. Dann kann auch niemand mehr



Hans-Böckler-Stiftung - www.boeckler.de

**Vielfach gravierender als die immer größer werdende Kluft zwischen den Einkommen ist die zwischen den privaten Vermögen. Deren Erträge steigen exponentiell, was zur Folge hat, dass die Einkommen der Mittel- und Unterschicht real sinken.**



Foto: BilderBox

unsere steigende Lebenserwartung als bedrohlich hinstellen, denn die Rentenfinanzierung lässt sich bei Vollbeschäftigung einfach über ein flexibles Renteneintrittsalter steuern.

**ÖP: Offiziell sinkt die Arbeitslosigkeit ja und Vollbeschäftigung wird als Ziel genannt. Da wird aber wohl viel schöngerechnet?**

Zeitler: Ja, so ist es. Als politischen Wegweiser brauchen wir deshalb dringend eine ehrliche Arbeitsmarktstatistik, die das ganze Ausmaß der Unterbeschäftigung erfasst, und ergänzend eine nach Einkommenshöhe differenzierte Armuts-Reichtums-Statistik. Die erforderlichen Daten, die übrigens vorhanden sind, aber offiziell sehr restriktiv ausgewertet werden, können den notwendigen Druck erzeugen, um endlich, in Anlehnung an skandinavische Erfahrungen, einen nach oben offenen progressiven Einkommenssteuertarif einzuführen sowie die gesetzlichen Sozial-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen zur Pflicht für alle Bürger und alle Einkommensarten zu machen.

**ÖP: Wie sieht denn ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem aus? Wie und wohin soll sich unser Wirtschaftssystem entwickeln?**

Zeitler: Diese Frage schließt die Entwicklung unseres politischen Systems ein, vor allem die Frage, wie viel Demokratie wir brauchen. Der demokratische

Fortschritt wird allerdings durch die Vorstellung erschwert, die Verhältnisse seien im globalisierten Umfeld für den Normalbürger so undurchschaubar geworden, dass Entscheidungen am besten von Experten zu treffen seien. Aber wirtschaftspolitische Gremien, meist aus Lobbyisten, Politikern und Ökonomen zusammengesetzt und mit Verteilungsfragen befasst, erliegen erfahrungsgemäß immer wieder der Versuchung, eigennützig und gegen öffentliche Interessen zu entscheiden. Nur so kann es wirtschaftlichen Akteuren gelin-

gen, sich demokratischer Regelung zu entziehen und in einer abgehobenen transnationalen Sphäre einzurichten. Und nur so können sie ohne Widerspruch behaupten, ihre Machenschaften seien Teil eines historisch zwangsläufigen Globalisierungsprozesses.

**ÖP: Sind demokratische Entscheidungen besser als Expertenentscheidungen?**

Zeitler: Demokratische Entscheidungen, so aufwendig sie auch sein mögen, sind jeder »effizienten« Expertenentscheidung überlegen. Allein deshalb, weil sie den gesellschaftlichen Lernprozess fördern und Entscheidungen revidiert werden, sobald sie als überholt oder falsch erkannt sind. Deshalb brauchen wir demokratisch gestaltete und dezentrale, oder genauer gesagt: subsidiäre Strukturen. Statt territorialer Spezialisierung und Konzentration entsteht dann ein flächendeckend vielfältiges Wirtschaftsleben mit intakten Kreisläufen. Negative soziale und ökologische Effekte werden vor Ort bekämpft, statt sie auf die Allgemeinheit und andere Volkswirtschaften abzuwälzen. Und all das ist schließlich auch Voraussetzung für gedeihlichen internationalen Austausch.

**ÖP: Die Entwicklung muss also zurückgedreht werden zu kleinen überschaubaren Einheiten?**

Zeitler: Ja, jeder Wirtschaftsraum muss sein Wirtschaftsleben

in eigener Verantwortung regeln. Nur auf dieser Grundlage sind souveräne und von Erpressungen freie außenwirtschaftliche Beziehungen denkbar. Es ist eine Illusion, zu meinen, in Zeiten der Globalisierung müsse Wirtschaftspolitik im Konsens auf globaler Ebene betrieben werden. Wir müssen uns zwar über die Normen internationalen Austausches verständigen, aber erste Voraussetzung für zukunftsfähige Globalisierung ist ein Fundament aus eigenständigen, funktionsfähigen Wirtschaftsräumen.

**ÖP: Mit welchen Maßnahmen leitet man eine Umsetzung dieser Ziele ein?**

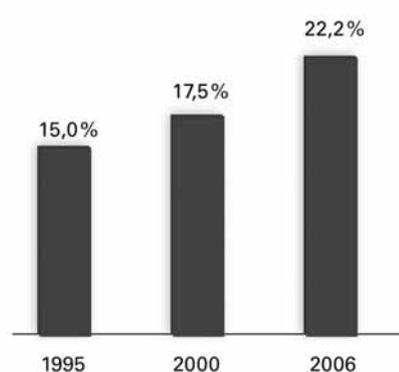
Zeitler: Am Anfang jeder politischen Veränderung steht die

## Die derzeitige Fehlentwicklung lässt sich mit „De-Industrialisierung“ beschreiben.

demokratische Überzeugungsarbeit und Meinungsbildung. Dafür müssen die Zusammenhänge klar herausgestellt und richtig benannt werden. Die derzeitigen Fehlentwicklungen lassen sich wohl am einfachsten mit den Begriffen »Konzentration« und »De-Industrialisierung« beschreiben. Deshalb bietet sich für die politische Stoßrichtung das

### Niedriglohnsektor – größer und kaum reguliert

Der Anteil von Niedriglohneempfängern an allen Beschäftigten\* entwickelte sich...



\* alle abhängig Beschäftigten inklusive Teilzeit- und Minijobs  
Quelle: WSI-Tarifarchiv, IAO 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Zahl der Beschäftigten\*\* mit...



\*\* Januar 2008, Niedriglohn aktuellste verfügbare Angabe für 2008

**Die Mittelschicht schrumpft, die Arbeitslosigkeit auch: Viele finden sich im Niedriglohnsektor wieder. Der wächst seit über 10 Jahren exponentiell an. Durch fehlende Mindestlöhne und relativ hohe Abgaben liegt das Nettoeinkommen oft unter der Armutsgrenze.**

Schlagwort »Re-Industrialisierung« an.

Mit diesem Begriff lässt sich darauf hinwirken, in einer ersten Runde all die Branchen, die im globalen Wettbewerb bereits verdrängt worden sind, subsidiär strukturiert neu aufzubauen und wettbewerbsfähig zu machen. Jedoch nicht für den neoliberalen Verdrängungswettbewerb, sondern im Sinne eines konstruktiven Wettbewerbs, der den Produktivitätsfortschritt fördert, zugleich aber die wünschenswerten produktiven Unterschiede in der Welt zulässt und – was vor der neoliberalen Globalisierung immer selbstverständlich war – über Wechselkurse neutralisiert.

Aufgabe einer zweiten Runde ist es, all die Branchen, deren Produktionsstätten und Eigentumsverhältnisse unter dem globalen Kostendruck konzentriert worden sind, in subsidiäre Strukturen zurückzuführen. Für diese Runde ist ein weit schwierigeres Umdenken als für die erste erforderlich. Zwar geht es nicht darum, die Eigentumsverhältnisse unmittelbar zu verändern, aber wirtschaftliche Subsidiarisierung geht natürlich mit einer Dezentralisierung wirtschaftlicher Macht einher. Und auf lange Sicht werden sich auch die Eigentumsverhältnisse der strukturellen Veränderung anpassen. Für den Erfolg beider Runden ist übrigens entscheidend, dass sie unter einem Schutzschild von Importkontingenten und Zöllen durchgeführt werden.

**ÖP: Wie dezentralisiert man die Wirtschaft?**

Zeitler: Vorauszuschicken ist, dass die wirtschaftlichen Akteure in einer marktwirtschaftlichen Ordnung ganz natürlich dazu neigen, möglichst viel Kapital und Macht anzusammeln. Das Streben nach Expansion ist nicht verwerflich, aber es muss eingegrenzt werden. Die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht deshalb darin, die wirtschaftlichen Strukturen immer wieder angemessen zu dezentralisieren, um alle Bürger selbstbestimmt am Wirtschaftsleben teilnehmen und teilhaben zu lassen. Da Besteuerung die beste Methode der Steuerung ist, ergibt sich ein einfaches Prinzip: Betriebsstätten können nach Branchen unterteilt progressiv



**Die Untersuchung der Nettoeinkommen zeigt: Schon seit längerer Zeit schrumpft die Mittelschicht. Der größte Teil ist nach unten abgerutscht. Diese Entwicklung besteht schon seit Anfang der 1990er-Jahre. Bis 1998 wurde sie durch staatliche Umverteilungen weitgehend korrigiert – seither nicht mehr.**

besteuert werden, beispielsweise bei zunehmendem Verbrauch an Ressourcen, zunehmender Menge an Abfall und Emissionen, zunehmender Mitarbeiterzahl und zunehmender Wochenarbeitszeit.

**ÖP: Den Rest regelt dann der Markt von allein?**

Zeitler: Ja, es bleibt der unternehmerischen Freiheit überlassen, bis zu welchem Punkt sich die Expansion unter der zuneh-

## Produktive Unterschiede in der Welt müssen über Wechselkurse neu- tralisiert werden.

menden Steuerlast lohnt oder wann ein Teil eines Unternehmens besser veräußert wird, um den erzielten Ertrag zum Beispiel in qualitativen Fortschritt zu investieren, der keiner Besteuerung unterliegt.

**ÖP: Welche Vorteile bringen subsidiäre Strukturen?**

Zeitler: Neben dezentraler Vielfalt und Verantwortung, die Voraussetzung für hohe Beschäftigungsstände und sorgsamem Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen sind, fördern sie den binnenwirtschaftlichen Wettbewerb »horizontal« innerhalb einzelner Ebenen wie

auch »vertikal« zwischen den verschiedenen Ebenen, speziell zwischen arbeits- und kapitalintensiver Produktion. Subsidiäre Strukturen erlauben somit die Koexistenz arbeits- und kapitalintensiver Produktion.

**ÖP: Wie stellt man den Außenhandel um?**

Zeitler: Gedeihlicher Außenhandel ist nur zu erwarten, wenn Länder ihre spezifischen Vorteile entwickeln können. Diese Vorteile sind in ihren natürlichen Ressourcen, aber auch in ihren kulturellen Traditionen begründet. Durch die Ausprägung spezifischer Vorteile ergeben sich naturgemäß beträchtliche territoriale Unterschiede bei Produktivitäten und Produkten. Beides ist nicht nur unvermeidlich, sondern für die Vielfalt des Welthandels und den durch Außenhandel induzierten Fortschritt absolut wünschenswert und zukunftsweisend.

Eine wirtschaftliche Globalisierung muss diese Vielfalt fördern und nutzen. Der dafür geeignete ökonomische Mechanismus ist übrigens seit zweihundert Jahren bekannt: Statt den Außenwettbewerb wie im neoliberalen System um absolute Preisvorteile in US-Dollar zu führen und dabei die natürliche Vielfalt mit ihren gewachsenen Kreisläufen zu dezimieren, kann der Wettbewerb nutzbringend mit relativen Preisvorteilen aus-

getragen werden. Dazu sind Handelsvereinbarungen erforderlich.

**ÖP: Was für Handelsvereinbarungen wären das?**

Zeitler: Erstens müssen Wechselkurse festgelegt werden, die das durchschnittliche Produktivitäts- bzw. Preisgefälle zwischen Handelspartnern neutralisieren. Zweitens müssen sich die Handelspartner gegenseitig Autonomie bei der Bestimmung von Handelsmengen sowie Zöllen zur Feinabstimmung von Importpreisen zugestehen. Da der Binnenwettbewerb seiner Natur nach immer um absolute Preise geführt wird, müssen sich die Akteure grundsätzlich zunächst im Binnenwettbewerb bewähren. Wenn sie außerdem exportieren wollen, müssen sie im internationalen Vergleich zu Preisen anbieten, die im Verhältnis zum Durchschnittspreis aller Handelsprodukte niedriger sind als bei ausländischen Konkurrenten – jeweils auf der Basis preisneutralisierender Wechselkurse. Sie müssen einen „komparativen Preisvorteil“ haben, wie das im ökonomischen Jargon heißt, der aus relativ höherer Produktivität erwächst. Aus komparativen Vorteilen ergeben sich im Außenhandel genau kalkulierbare Wohlstandsgewinne und, wenn qualitatives Wachstum zur Grundlage gemacht wird, auch nachhaltige Wohlfahrt.